



Die Wahlen sind vorbei – Aus Wahlprüfsteinen werden Maßstäbe für die politische Arbeit

Von Rüdiger Seidenspinner, GdP-Landesvorsitzender

Dieser Artikel wurde am Tag nach der Landtagswahl geschrieben. Somit stand nicht fest, wer Innenminister wird und von welcher Partei er oder sie gestellt wird. Es interessiert nun aber bestimmt viele, wie es denn in der Polizei weitergeht und ob es Veränderungen geben wird. Das ist natürlich nicht einfach zu beantworten, aber wir unternehmen einen Versuch, indem wir die Fragen, die wir allen Parteien vor der Wahl gestellt haben, hier nochmals mit den Antworten der Wahlsieger abdrucken.

So werden aus den Wahlprüfsteinen jetzt unsere Maßstäbe für die neue Regierung.

Welche Verbesserungen haben Sie sich für die Tarifbeschäftigten der Polizei gedacht?

Grüne: Sie dürfen nicht leer ausgehen, während gleichzeitig bei ihren Kollegen/Kolleginnen eine beträchtliche Zahl von Beförderungen stattfindet. Sie müssen also von den Ergebnissen der anstehenden Tarifverhandlungen profitieren.

SPD: Die derzeitigen Eingruppierungen der Tarifbeschäftigten bedürfen struktureller Verbesserungen. Die Tätigkeitsbeschreibungen bzw. Stellenbewertungen der Tarifbeschäftigten der Polizei müssen im Regelwerk des TV-L ihre gerechte Berücksichtigung finden. Vieles ist in den letzten Jahren an höherwertigen Tätigkeiten dazugekommen. Leider hat man es bisher versäumt, im TV-L analog dem früheren BAT die Merkmale für die einzelnen Entgeltgruppen neu festzulegen. Darüber hinaus müssen mehr Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden.

Potenzial sehen wir auch in einer Flexibilisierung der Arbeitszeit. Hierdurch könnte ein großer Schritt zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf unternommen werden. Um flexible Arbeitszeitmodelle umzusetzen, bedarf es einer entsprechenden räumlichen und

technischen Ausstattung. Eine Vor- oder Nachmittagstätigkeit darf nicht länger am fehlenden Schreibtisch und fehlenden PC scheitern. Darüber hinaus müssen die Möglichkeiten für die Telearbeit von zu Hause aus ausgebaut werden.

Werden Sie die Idee einer „Polizeizulage“ für Tarifbeschäftigte in der Polizei des Landes umsetzen?

Grüne: Wir wollen diese je nach Haushaltslage einführen.

SPD: Unseres Erachtens wäre es zunächst erstrebenswert, für den Bereich der Tarifbeschäftigten den qualifizierten Ausbildungsberuf des Polizeifachangestellten zu schaffen. Diese Fachkräfte sollten den Vollzugsdienst bei der Polizei sachkundig unterstützen und ihrer Qualifikation entsprechend angemessen eingruppiert werden.

Werden Sie einem Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich der Polizei eine endgültige Absage erteilen?

Grüne: Wir werden den Stellenabbau im Nichtvollzugsbereich definitiv stoppen. Er hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass Vollzugsbeamtinnen und -beamte Verwaltungsaufgaben übernehmen müssen und ihren Kernaufgaben entzogen wurden.

SPD: Ja. Die SPD-Landtagsfraktion hat den Stellenabbau im Bereich des Nichtvollzugsdienstes in den letzten Jahren deutlich kritisiert. Solange kein Aufgabenabbau stattfindet und die anfallenden Verwaltungstätigkeiten und Schreibaufgaben von ausgebildeten Vollzugsbeamten übernommen werden müssen, ist ein Stellenabbau nicht zu rechtfertigen.

Sind Sie bereit, langjährige Beschäftigte der Polizei mit Zeitverträgen in Festverträge zu übernehmen, wenn ja wie, wenn nein, warum?

Grüne: Da im öffentlichen Dienst für unbefristet Beschäftigte faktisch Unkündbarkeit herrscht, kommt als Instrument der Flexibilisierung nur die Befristung

in Frage. Klar ist aber, dass mit Zeitverträgen Beschäftigten eine Perspektive geboten werden muss und sie nach einer gewissen Zeit unbefristet übernommen werden sollen.

SPD: Ja. Ein Stopp des Stellenabbaus im Nichtvollzugsbereich würde den Beschäftigten in diesem Bereich eine sichere Perspektive für einen unbefristeten Fortbestand ihrer Beschäftigungsverhältnisse geben. Hierdurch könnte die Polizei auch weiterhin von den über Jahre hinweg erworbenen Kenntnissen und Erfahrungen der Beschäftigten profitieren. Ganz besonders gilt dies in Fällen, in denen Beschäftigte in Teilzeit befristete und unbefristete Arbeitsverhältnisse bei der Polizei parallel wahrnehmen.

Welche nachhaltigen Verbesserungen für Verwaltungsbeamte/-innen in der Polizei sehen Sie nach der Wahl?

Grüne: Wir wollen insbesondere neue Laufbahnmöglichkeiten eröffnen.

SPD: Im Rahmen der Dienstrechtsreform wurden für den Bereich des Vollzugsdienstes eine Vielzahl von Beförderungsmöglichkeiten geschaffen. Hierbei blieben die Verwaltungsbeamten bei der Polizei unberücksichtigt. Ansatzpunkte für nachhaltige Verbesserungen für die Verwaltungsbeamten sehen wir in einer strukturellen Verbesserung bei der Besoldung und bei den Beförderungen sowie – genau wie bei den tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen – im Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle.

Wird es mit Ihnen einen weiteren Stellenabbau im Vollzugsbereich der Polizei des Landes geben?

Grüne: Nein. Die Polizei muss jetzt schon über die Grenzen des Belastbaren hinausgehen, um alle Aufgaben erfüllen zu können. Ein weiterer Stellenabbau bei der Polizei kommt deswegen nicht in Frage.

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, oder in der GdP digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden.

In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der GdP-Phone-2.0-Nummer 0 15 25/6 13 26 65.

Der Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe 2011 des Landesjournals Baden-Württemberg ist Freitag, der 6. Mai 2011, und für die Juli-Ausgabe 2011, Freitag, der 3. Juni 2011.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden.

Beitragsanpassung:

Die Mitgliedsbeiträge der GdP werden zum 1. April analog der Tarif- und Besoldungserhöhungen angepasst.

Wolfgang Kircher

Fortsetzung von Seite 1

SPD: Nein.

Werden Sie den bisherigen Stellenabbau rückgängig machen?

Grüne: Es bedarf einer grundsätzlich neuen, ausgewogenen und nachhaltigen Personalpolitik bei der Polizei. Wir werden den Schwerpunkt auf die Ausschöpfung des 800er-Einstellungskorridors legen. Mit einer simplen Rücknahme des Stellenabbaus ist es nicht getan. Damit die Polizei ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen kann, braucht sie eine angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion hat in den letzten Jahren nachdrücklich vor den Folgen des Stellenabbaus im Vollzugsbereich der Polizei gewarnt. In weiten Bereichen ist er deutlich zu weit gegangen und die Personaldecke wurde so dünn, dass die Funktionsfähigkeit der Polizei nur durch Mehrarbeit der Beamtinnen und Beamten aufrecht erhalten werden kann. Den Stellenabbau werden wir insoweit rückgängig machen, als wieder gewährleistet werden muss, dass die Beschäftigten nicht über ihre dienstrechtlichen Pflichten hinaus eingesetzt werden müssen. Als ersten Schritt streben wir an, die Stärke der Reviere um eine Streife zu erhöhen.

Die Polizistinnen und Polizisten des Landes müssen zukünftig bis zum 62. Lebensjahr arbeiten. Dies ist der völlig falsche Schritt. Werden Sie diesen Schritt

a) generell rückgängig machen?

b) zumindest für die Beamtinnen und Beamten im Wechselschichtdienst rückgängig machen?

Grüne: Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der damit einhergehenden finanziellen Belastung der öffentlichen Haushalte durch steigende Versorgungsabgaben soll eine differenzierte Anhebung der Altersgrenzen erfolgen. Beamtinnen und Beamte des Polizeivollzugsdienstes erreichen mit Vollendung des 62. Lebensjahres die Altersgrenze. Ausnahmen gelten für Beamtinnen und Beamte, die mindestens zwanzig Jahre im Schicht- und Wechselschichtdienst, im Spezialeinsatzkommando, in einem mobilen Einsatzkommando, in einer operativen Einheit im Außendienst mit regelmäßig wechselndem Arbeitsort tätig gewesen sind. Diese erreichen mit Vollendung des 60. Lebensjahres die Altersgrenze. Bei Beamtinnen und Beamten auf Lebenszeit des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes bei den Justizvollzugseinrichtungen sowie

des Einsatzdienstes der Feuerwehr soll die bisherige Sonderaltersgrenze von 60 Jahren beibehalten werden.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion hat sich im Rahmen der Dienstrechtsreform gegen eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizeibeamtinnen und -beamten ausgesprochen. In Anbetracht der physischen und psychischen Belastungen in diesem Beruf halten wir eine Pensionierung mit 60 Jahren für angemessen. Allerdings wird vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Rentenrecht auch von den Beamtinnen und Beamten des Landes zu Recht ein Beitrag erwartet. Ein richtiger Ansatzpunkt im Bereich der Polizei ist daher tatsächlich eine differenzierte Lösung, die die Jahre des geleisteten Schichtdienstes oder extreme Sonderbelastungen angemessen berücksichtigt.

Seit 17 Jahren werden den Polizistinnen und Polizisten des Landes die positiven Auswirkungen der Europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien vorenthalten. Welche Maßnahmen gedenken Sie nach den Landtagswahlen in die Wege zu leiten, damit diesen Schutzvorschriften entsprochen werden kann?

Grüne: Die Arbeitszeitgestaltung, die Arbeitszeiten und auch das Arbeitsumfeld beeinflussen in besonderem Maße die Gesundheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Es darf keine Einschränkung dieser gesundheitlichen Mindeststandards geben.

Die Landesregierung hat es bislang versäumt, die Mindeststandards des Gesundheitsschutzes bei der Arbeitszeitgestaltung aus der Europäischen Arbeitszeitrichtlinie zu übernehmen, welche sich auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten erstreckt. Zur Einhaltung dieser Schutzvorschriften muss die landeseigene AzUVO der geltenden EU-Richtlinie 2003/88 angepasst werden, sowie durch die Landesregierung als Rechtsverordnung neu erlassen werden.

SPD: Ziel muss es sein, einerseits den in den Europäischen Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrichtlinien vorgesehenen Ruhezeiten und andererseits den Bedürfnissen der Beschäftigten nach möglichst großen Ruheblöcken zwischen den Schichtumläufen gerecht zu werden.

Derzeit wird mit Zustimmung des Hauptpersonalrates der Polizei eine Ausnahmeregelung, das sogenannte Rucksackmodell, praktiziert. Im weiteren Verfahren muss im Dialog mit den Beamtinnen und Beamten der Polizei sowie den Gewerkschaften geklärt werden, wie der bisherige „klassische Wechselschichtdienst“ unter Berücksichtigung aller In-

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
GdP-Phone: (0 15 25) 6 13 26 65
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentell:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381



teressen mit dem europäischen Recht in Einklang gebracht werden kann.

Wie wollen Sie nach den Landtagswahlen das enorme Problem hinsichtlich des Altersaufbaus bei der Kriminalpolizei des Landes in den Griff bekommen?

Grüne: Wir wollen ein gezieltes Programm zur Gewinnung von Nachwuchs bei der Kripo auflegen.

SPD: In den kommenden Jahren werden zahlreiche Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei in Pension gehen und die frei werdenden Stellen werden mit jüngeren Kolleginnen und Kollegen besetzt. Um möglichst geeignete Bewerber zu finden wäre es sinnvoll, schon jetzt mehr Ausschreibungsverfahren durchzuführen und hierzu die Kriminalpolizei von den Stellenkürzungen bei der Schutzpolizei zu entkoppeln.

Zur Steigerung der Attraktivität der Kriminalpolizei für junge Polizistinnen und Polizisten müssen die fehlenden Funktionsstellen durch entsprechende Stellenbewertungen ausgeglichen werden. Eine weitere Möglichkeit ist es, auch

aus dem mittleren Dienst der Schutzpolizei geeigneten Nachwuchs zu rekrutieren und diese Kolleginnen und Kollegen direkt zum Studium an der Fachhochschule zuzulassen. Darüber hinaus ist es denkbar, einen Direkteinstieg zur Kriminalpolizei über das Landeskriminalamt zu ermöglichen. Dies würde dem LKA eine flexiblere Personalplanung ermöglichen und die Polizeidirektionen würden nicht so stark durch zusätzlichen Personalabzug belastet.

Ein weiterer Ansatzpunkt, um den mit der kommenden „Pensionswelle“ einhergehenden Kompetenzverlust zu kompensieren, ist eine Verbesserung der Ausbildung im Bereich der Kriminalpolizei (Stichwort „Y-Ausbildung“). Es ist zum Beispiel zu überlegen, inwieweit eine Verzahnung zwischen dem FH-Studium und der Einführungsfortbildung Kriminalpolizei Sinn macht, um erstens an Attraktivität und Qualität zu gewinnen und zweitens den Dienststellen bei der Kriminalpolizei weitere längere Abwesenheitszeiten zu ersparen.

Welche Einschränkungen planen Sie in puncto Beihilfe/Heilfürsorge?

Grüne: Die Polizei darf nicht immer nur Melkkuh für Einsparziele der Landesregierung sein. Deswegen stellen wir uns gegen Einschränkungen bei der Beihilfe/Heilfürsorge.

SPD: Im Bereich der Beihilfe bzw. Heilfürsorge beabsichtigen wir keine Einschränkungen.

Sind Sie bereit, die Entscheidungen der Verwaltungsstrukturreform, bezogen auf die Polizei, rückgängig zu machen?

Grüne: Wir werden eine gründliche Evaluation der Ergebnisse vornehmen und dann entscheiden.

SPD: Im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform war die Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes eine der umstrittensten Maßnahmen. Eine so weitreichende strukturelle Änderung kann allerdings nicht so einfach isoliert rückgängig gemacht werden. Es muss geprüft werden, ob eine erneute Reform, unter

Fortsetzung auf Seite 4

Anzeige

Nicht Ersatz, sondern Heilung des erkrankten Körperteils ist das Ziel



Dr. med. Jürgen Beyer

Der Stuttgarter Orthopäde Dr. med. Jürgen Beyer berichtet aus der täglichen Praxis, dass Probleme des Bewegungsapparates zu den häufigsten Erkrankungen unserer Zeit gehören. Anlagebedingte anatomische Varianten kommen hierfür ebenso in Frage wie entzündete oder degenerative Veränderungen. Häufig besteht zudem die Gefahr der Fehlbelastung. Gerade deshalb liegt auch ein besonderer Therapieschwerpunkt in der Fußchirurgie. Neueste Verfahren bei Rücken-, Gelenkbeschwerden und Arthrose sowie eine neue Generation von Hüftkappen bringen deutlich mehr Lebensqualität. Mit gelenkerhaltenden Verfahren für Knie-, Hüft- und Sprunggelenk kann Dr. Beyer den Patienten auf wirkungsvolle Weise helfen. „Vor allem die Knorpeltransplantation im Knie- und Sprunggelenk und die autologe Chondrozytentransplantation sowie die Trufit-Methode, bei der resorbierbare Trufit-Plugs implantiert werden,

geben vielen Patienten Hoffnung“, so Dr. Beyer. „Oberste Prämisse ist bei allen Patienten der Erhalt des Gelenks, um so ein Plus an Lebensqualität zu erreichen“, erklärt Dr. Beyer. Wenn dies jedoch nicht mehr möglich ist, muss eine Endoprothese implantiert werden. Gerade im Bereich der Knie-, Hüft- und Sprunggelenke hat diese Technik in den letzten Jahren sehr große Fortschritte gemacht. Heutzutage wird ein sogenannter Oberflächenersatz eingesetzt, bei dem nur eine dünne Knorpel-Knochenschicht abgetragen wird und der Knochen dann wie bei einer Zahnkrone mit den entsprechenden Prothesenteilen überkront wird. Diese Technik hat den Vorteil, dass weniger Knochenverlust entsteht. Die neueren, standhafteren Materialien gewährleisten auch eine längere Haltbarkeit der Endoprothesen. „Die Rehabilitationszeit wird durch die schnellere Belastbarkeit des operierten Beines erheblich reduziert. Auch bei Arthrose gibt es hilfreiche Behandlungsmethoden. Beispielsweise die Bioregeneration, bei der durch eine spezielle Abfrästechnik die Gelenkoberfläche regeneriert wird. Diese Methode kommt jedoch erst nach Ausschöpfen konservativer Methoden wie physikalische Therapie, Magnetfeldtherapie, Stoßwellentherapie oder Knorpelaufbauspritzen zum Einsatz.“

Orthopädiepraxis im Zentrum

Orthopädie · Sportmedizin
Arthrose · Endoprothetik · Fußchirurgie
Gelenkschmerzen · Gelenkerhalt

Spezialisierung: Oberflächenersatz (Knie/Hüfte) zum Gelenkerhalt - Vermeidung von Totalprothesen

Operative Leistungen

- Gelenkerhalt nach Mc Minn (Hüfte)
- Spezielle Gelenkchirurgie
- Endoprothetik (Knie, Hüfte, Sprunggelenk, Schulter)
- Fußchirurgie

Konservative Therapie

- Akupunktur
- Magnetfeldtherapie
- Lasertherapie
- Knorpelaufbau
- Chirotherapie
- Stoßwellenbehandlung

Durch Einsatz von **neuen Keramik-Knieprothesen:**
- längere Haltbarkeit
- schnellere Heilung

Alle privaten und gesetzlichen Kassen!
Integrierte **Versorgungsverträge** mit **Innungs- und Betriebskrankenkassen!**

- › **Neues Therapiespektrum bei Arthrose und Gelenkschmerzen**
- › **Neue Rückentherapie**



Dr. med. Jürgen Beyer
Facharzt für Orthopädie
• Sportmedizin
Belegarzt • AGA-Instruktor

Königstraße 70 • 70173 Stuttgart
Tel. 0711 / 99 7 99 43

juergen.beyer@t-online.de • www.dr-juergen-beyer.de



Fortsetzung von Seite 3

Umständen in Verbindung mit anderen strukturellen Änderungen, erfolgversprechend wäre.

Denken Sie über Organisationsänderungen (PD-Zusammenlegungen) nach und wollen Sie diese umsetzen?

Grüne: Wir planen, die für die Wirtschaftskriminalität zuständigen Stellen, den Wirtschaftskontrolldienst, die Wasserschutzpolizei u. Ä. zu reformieren. Außerdem wollen wir die Führungsebenen bei den Landespolizeibehörden straffen und bündeln. Wir werden überprüfen, wie viele Polizeidirektionen in den Stadt- und Landkreisen für eine effektive Polizeiarbeit notwendig sind, um damit Synergieeffekte zu erzielen. Dadurch schaffen wir die Voraussetzung für eine personelle Aufstockung in der Fläche.

SPD: Mit der SPD-Landtagsfraktion wird es keine strukturellen Änderungen geben, die ausschließlich einem Personalabbau dienen. Wenn sachliche Gründe für eine Organisationsänderung sprechen, müssen solche Maßnahmen im Dialog mit der Polizei erörtert und entwickelt werden. Möglichkeiten hierzu sehen wir durchaus.

Die Erschwerniszulagenverordnung des Landes BW liegt hinsichtlich der Zulagen weiter hinter der Bundesregelung zurück! Sind Sie bereit, dies in der kommenden Legislaturperiode zu ändern?

Grüne: Ja, die Anpassung der Erschwerniszulagenverordnung steht zweifelsfrei an. Messbare Leistungskriterien müssen durch eine Neufassung tatsächlich geschaffen werden, Erschwernisse müssen gerecht entlohnt werden.

SPD: Nach unserer Auffassung sollte die Erschwerniszulagenverordnung zumindest dem Stand der aktuellen Bundesregelung entsprechen.

Sind Sie bereit, die Abschaffung des Freiwilligen Polizeidienstes und dafür die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsstellen einzuleiten?

Grüne: Der Freiwillige Polizeidienst des Landes ist kein Ersatz für gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Wir wollen keine Polizei light, sondern eine gut ausgebildete, gut bezahlte und eine gut ausgestattete Polizei.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion wird sich auch weiterhin gegen die Fortführung des Freiwilligen Polizeidienstes aussprechen und die hierdurch frei werdenden Haushaltsmittel für zusätzliche Stellen

in im regulären Polizeidienst verwenden.

Wie stehen Sie zu einer Kennzeichnungspflicht von Polizistinnen und Polizisten wie in Berlin?

Grüne: Die erforderliche Transparenz im alltäglichen Polizeidienst und v. a. bei Großeinsätzen wollen wir durch das obligatorische Tragen von individualisierten, aber anonymisierten Kennzeichnungen von Polizeibeamten/-innen gewährleisten.

SPD: Diese Frage muss im Dialog mit den Beamtinnen und den Beamten, dem Hauptpersonalrat der Polizei sowie den Gewerkschaften geklärt werden. Grundsätzlich halten wir im allgemeinen Dienstbetrieb eine Kennzeichnung per Dienstnummer denkbar, sehen aber durchaus Diskussionsbedarf.

Diese Antworten haben uns die Parteien vor der Wahl auf unsere Fragen gegeben. Sie werden nun für uns als Checkliste und Maßstäbe dienen und die Grundlage für erste Gespräche sein. Es gibt Punkte, die wir so ohne Wenn und Aber nicht stehenlassen können, doch darüber wird noch ausführlich zu reden sein. Es liegt eine Menge an Arbeit vor uns, packen wir es an. **RSeid**

WICHTIGE TERMINE

Landesdelegiertentag

Am 9. und 10. November 2011 findet in Sindelfingen der Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei unter dem Motto „GdP – Sozial – Entschlossen – Zuverlässig“ statt.

Nach der Satzung der GdP müssen Anträge zum Delegiertentag spätestens fünf Monate vor Beginn des Delegiertentages schriftlich mit Begründung beim Geschäftsführenden Landesvorstand eingereicht werden. Die fünfmonatige Antragsfrist fällt bei vielen in die Urlaubszeit, weshalb wir noch einmal auf die Abgabefrist der Anträge hinweisen wollen.

Abgabefrist der Anträge am 7. Juni 2011.

Spätestens an diesem Tag müssen alle Anträge bei der Geschäftsstelle eingegangen sein. Gerne können Sie natürlich auch vorher eingesandt werden. Zur Antragstellung wurden Formulare an die Kreisgruppen gesandt.

Nach der Satzung sind der Gewerkschaftsbeirat, der Landesvorstand, der Geschäftsführende Landesvorstand, der Landeskontrollausschuss, die Kreisgruppen, der Landesjugendvorstand, der Vorstand der Senioren- und der Frauengruppe, die Tarifkommission und die Kommission für Beamten-/Besoldungs- und Versorgungsrecht antragsberechtigt.

Die Namen der von der Kreisgruppe gewählten Delegierten sind mindestens acht Wochen vor dem Delegiertentag durch die Kreisgruppenvorstände der Geschäftsstelle mitzuteilen.

Dieser Meldetermin ist unmittelbar nach den Sommerferien.

Meldung der Delegierten am 12. September 2011.

Weitere Informationen folgen.

WKi

Seminare

Für die nachfolgenden Seminare sind noch Plätze frei:

25. 5. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Freiburg bei der BPD Lahr

26. 5. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Tübingen bei der BPD Biberach

27. 6. – 1. 7. 2011: Personalrätegrundschulung an der Akad. Pol. Außenstelle Wertheim

7. 7. 2011: Personalräteschulung zur DRR für den Regierungsbezirk Stuttgart bei der BPD Göppingen

Für alle Seminare ist ein Entsendebeschluss des Personalrats für die Kostenübernahme und die Fahrtkosten erforderlich.

Anmeldungen sind direkt über die GdP-Geschäftsstelle, 0 70 42/87 90, oder für die Schulungen Dienstrechtsreform unter christine.till@gdp-bw.de und für die Personalrätegrundschulung unter andrea.stotz@gdp-bw.de möglich. **WKi**



DAS PROBLEM MIT DER AKTUALITÄT**Wohin gehst du, Baden-Württemberg?**

Jeden Monatsanfang erhaltet ihr eine Ausgabe der „Deutschen Polizei“. Sicher kann sich jeder vorstellen, dass die Erstellung einer „Monatszeitschrift“ eine Menge Arbeit ist und auch Vorlaufzeiten braucht. Die teilweise auch von euch geschriebenen Artikel werden in der Landesredaktion zusammengetragen und aufbereitet. Am Redaktionstermin werden die Artikel und Bilder, zusammen mit den vom Verlag mitgeteilten Werbungen gesetzt und das fertige Layout geht dann an den Verlag. Dort wird das vorgeschlagene Layout umgesetzt und die Landesredaktion erhält einen Probe- und Korrekturabzug, anhand dem die letzten Korrekturen der Texte und Bilder vorgenommen werden können. So entstehen 18 Landesteile und ein Bundesteil der „Deutschen Polizei“.

Ich denke, jeder kann sich vorstellen, dass dies von der Redaktion bis zur fertigen „Deutschen Polizei“ dauert. Deshalb kann die „Deutsche Polizei“ als Monatszeitschrift auch nicht Tages- oder Wochenaktuell sein.

Beim Redaktionsschluss dieser „Deutschen Polizei“ waren z. B. die Landtagswahlen in Baden-Württemberg gerade mal eine Woche alt. Die Koalitionsvereinbarungen liefen an und es konnte beim besten Willen noch nicht gesagt werden, was die Koalition aus Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vereinbart. Ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist auf jeden Fall, das Baden-Württemberg wahrscheinlich das erste Bundesland mit ei-

nem grünen Ministerpräsidenten sein wird. Rüdiger Seidenspinner und ich erinnern uns noch genau daran, dass die GdP bis Anfang der 90er Jahre noch Gespräche mit den Grünen abgelehnt hatte und wir als Landesjugendvorstand nicht nachgelassen haben, bis die ersten Kontakte und Gespräche eingefädelt wurden.



Mittlerweile gibt es zwischen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und der GdP nicht nur die Farbe als Gemeinsamkeit, sondern auch viele gemeinsame Forderungen für eine moderne Polizei. Dies ist schon bei den Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zu erkennen.

Gleichzeitig gibt es aber auch völlig unterschiedliche Ansichten, über die es in der nächsten Legislaturperiode zu verhandeln und eventuell auch mit der neuen Regierungskoalition zu streiten gibt.

So sind wir als Gewerkschaft der Polizei gegen jede denkbare Kennzeichnung unserer Kolleginnen und Kollegen, denn die steigende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten erfordert vom „Dienstherrn“ einen besonderen Schutz, dies schon alleine aus der beamtenrechtlichen Fürsorgepflicht heraus. Das polizeiliche Gegenüber ist auch nicht gekennzeichnet. Es wird immer schwieriger, Täter einwandfrei zu identifizieren, die Polizistinnen und Polizisten angegriffen oder beleidigt haben. Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht zum Freiwild gemacht werden, sie leisten ihren Dienst für die Allgemeinheit und nicht zum Selbstzweck. Wir fordern, dass keine weiteren Kürzungen in der Beihilfe und der Freien Heilfürsorge vorgenommen werden, die bisherigen Abstriche sind mehr als genug und stellen jetzt schon ein Sonderopfer dar, deshalb darf es keine weitere Einschränkungen geben, sondern eine Rücknahme der Abstriche, die zum 1. 1. 2011 in Kraft getreten sind.

Wir sind gegen eine weitere Reduzierung der Pensionsgrenze 71,75% aus dem letzten Statusamt – Keine weiteren Experimente und Einsparungen auf dem Rücken derer, die jahrelang für dieses Land die Haut zu Markte getragen haben und wir fordern die Wiedereinführung der Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage.

Wir haben uns aber auch schon in der Vergangenheit mit der verantwortlichen Politik kritisch und offen auseinandergesetzt und unsere Meinung gesagt, auch wenn wir eine andere hatten. **WKi**

NEUE DIENSTKLEIDUNG**GdP deckt Mängel auf**

Gibt es bald wieder eine weitere Zwangspause bei den Ausgabestellen für die blaue Uniform? – war in der Digit@l-Ausgabe 12 vom 21. 3. 2011 zu lesen. Waren für den ersten Auslieferungsstopp noch Lieferschwierigkeiten des Herstellers verantwortlich, so hat die GdP aus gut informierten Kreisen erfahren, dass die Ursache für das erneute Aussetzen der Auslieferung womöglich daran liegt, dass Rechnungen nicht fristgerecht bezahlt werden.

Weiter wurde bemängelt, dass viele Kollegen darüber klagen, dass z. B. die Konfektionsgrößen bei ein und demselben Kleidungsstück stark abweichen.

Hat die Musteruniformhose noch bei der Anprobe gepasst, so musste mancher auf der Dienststelle feststellen, dass die originalverpackte Hose mit der zuvor anprobieren und dann erfassten Größe nicht passt. Fast über eine Konfektions-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Werden Sie Mitglied beim

»Deutschen Roten Kreuz«

Durch eine Teilnahme an einem »Erste Hilfe Kurs« können Sie gerade bei Autounfällen durch schnelle Hilfe vor Ort Menschenleben retten!

Spenden Sie Blut - um anderen zu helfen - damit Ihnen auch geholfen werden kann! Gerade diese Blutspenden haben schon vielen verunglückten Autofahrern geholfen.

Dieser Eindruck wurde ermöglicht durch

Labor Dr. Gärtner

Elisabethenstraße 11, 88212 Ravensburg, Tel. 0751 / 5 02-0



NEUE DIENSTKLEIDUNG

Fortsetzung von Seite 5

größe Unterschied sind die Regel. Woran liegt das? Fallen die Konfektionsgrößen bei den Uniformteilen unterschiedlich aus?

Auch nach dem ersten Waschgang haben uns Kollegen ihre Beobachtungen geschildert.

Teilweise verkürzen sich Hosen um bis zu 10 cm, obwohl die Kolleginnen und Kollegen sich an die Waschvorgaben des Herstellers gehalten haben. Aber auch der aufgepresste Polzeischriftzug löst sich teilweise ab.



Die Nähte an der Tasche des Diensthemes lösen sich auf (Bild wurde der Redaktion zugesandt).

Ein weiterer Misstand sollen die Dienstgradabzeichen sein, die zwar gut in die Einschubkanäle der neuen Uniform passen, aber, weil sie zu breit sind, nicht auf die Lederjacke, die ja das Innenministerium auf Intervention der GdP auch bei der neuen blauen Uniform zugelassen hat. Findige Kollegen haben sich da aber bereits selbst geholfen und nahmen die Schere zur Hand. Mit zwei Längsschnitten an den Dienstgradabzeichen können die dann passend für die Einschubkanäle der Lederjacke zugeschnitten werden.

Die Meldung in der digit@l wurde natürlich in verschiedenen Tageszeitungen



Am Anorak löst sich der Schriftzug Polizei (Bild wurde der Redaktion zugesandt).

aufgegriffen, was das Innenministerium veranlasste, am 23. 3. in einer Pressemitteilung zu erklären, dass die „Kritik der Gewerkschaft massiv überzogen“ sei. Weiter war zu lesen: „Das Innenministerium hat Berichte über die angeblich teils schlechte Qualität der neuen blauen Uniform zurückgewiesen. „Es wurden bisher 300 000 Uniformteile ausgeliefert, dabei kam es zu rund 500 berechtigten Reklamationen. Jeder einzelnen wird nachgegangen. Es ist unredlich, bei einer Beanstandungsquote von unter einem Prozent von mieser Qualität zu sprechen. Die Kritik der Gewerkschaft ist massiv überzogen“, sagte die Sprecherin des Innenministeriums.

„Es sei nicht nachvollziehbar, warum manche Beamte bei der Auslieferung der Uniform nicht von der Möglichkeit der Anprobe Gebrauch machten. Zu empfehlen sei außerdem, die Pflegeanleitungen zu beachten. Ein Auftrag in dieser Größenordnung habe europaweit ausgeschrieben werden müssen.

Die Lieferungen würden vom Logistikzentrum ständig überprüft und wo notwendig reklamiert.“

Irgendwie hat oder wollte da das Innenministerium oder die verantwortliche Sprecherin nicht kapieren, um was es ging.

Dazu Rüdiger Seidenspinner: „Seltensam ist die Art und Weise, wie seitens des Innenministeriums mit den Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen umgegangen wird. Während eine Sprecherin des Innenministeriums die Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen gegenüber der BILD-Zeitung bestätigt, kritisiert diese am nächsten Tag die GdP, die ebenfalls über Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen berichtet.“

Anstatt die Beschwerden der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ernstzunehmen, reagiert das Innenministerium mit Verwunderung, warum die Beamten bei der Auslieferung der Dienstkleidung nicht von der Möglichkeit der Anprobe Gebrauch machten.

Dies, so Rüdiger Seidenspinner, zeigt deutlich, dass man hier im Blindflug durch die Realität unterwegs ist. Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen bestellen ihre neue Dienstkleidung am PC und bekommen sie dann per Post geliefert. „Wo sollen sie diese Kleidung anprobieren,“ fragt der GdP-Chef.

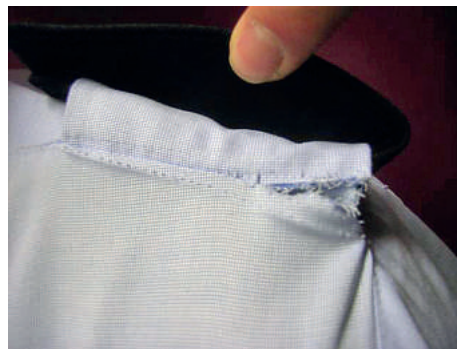
Das Verlagern der vorhandenen Probleme wie z. B. Qualität und Größenunterschiede sowie ausreichende

Stückzahl auf die Beschäftigten des Logistikzentrums ist für die GdP ebenso unglücklich wie der Hinweis auf die Pflegeanleitung, so Rüdiger Seidenspinner.

„Wer zurzeit nicht alles in den Himmel lobt, sondern Kritik übt, der wird schnell in eine Ecke gestellt.

Die GdP war gegen die Einführung der neuen Dienstkleidung, weil sie zu einer Unzeit kam und schnell abzusehen war, dass die Anschaffung teurer werden würde, wie vorgegeben.

Nachdem dann die Entscheidung für die neue Dienstkleidung gefallen war und einige unserer Kritikpunkte aufgenommen wurden, hat die GdP konstruktiv an der weiteren Umsetzung mitgear-



Am Diensthemd lösen sich die Nähte am Einschubkanal für das Dienstgradabzeichen auf (Bild wurde der Redaktion zugesandt).

beitet, was man gerne vergisst“, so Seidenspinner. „Mit Kritik und anderer Meinung umzugehen ist nicht jedermanns Sache“, kontert Seidenspinner.

„Die GdP hat“, so der GdP-Chef, „auch schon mehrfach dargestellt, dass die neue Dienstkleidung, die jetzt ausgeliefert wird, hochfunktional und gut ist. Gerade deshalb nimmt die GdP die Hinweise und Beschwerden der Kolleginnen und Kollegen ernst. Neben der Tatsache, dass die neue Dienstkleidung für den Steuerzahler 1,3 Millionen Euro teurer wird als geplant, dienen Rechtfertigungsmeldungen des Innenministeriums nur zur Erhärtung des Verdachtes, dass alles doch nur etwas mit dem Geld und den Kosten zu tun hat“, so Seidenspinner.

Abschließend sei noch der Hinweis gestattet, dass die von der GdP angesprochene nicht fristgerechte Bezahlung vom Innenministerium nicht dementiert wurde.

WKi



PERSONENGRUPPEN

Landesjugendkonferenz 2011 „Gefahren sozialer Netzwerke“

Die Landesjugendkonferenz stand unter dem Motto „Gefahren sozialer Netzwerke“. Die Delegierten beschäftigten sich in Workshops mit diesem Thema, da leider der Vortrag von der Bundesjugendvorsitzenden Sabrina Kunz Krankheitsbedingt ausfiel.

In den Workshops wurde trotzdem lebhaft diskutiert, da mittlerweile dreiviertel aller deutschen Jugendlichen die digitalen sozialen Netzwerke wie „Facebook“, „wer-kennt-wen“, „studiVZ“ und viele mehr nutzen und dies somit auch zum Thema der Polizei geworden ist. Die Möglichkeit der Selbstdarstellung oder des Informationsaustausches kann zur Gefahr werden. Erstaunlich waren die persönlichen und dienstlichen Erfahrungen einzelner Delegierten.



Die JUNGE GRUPPE BaWü wird sich weiterhin mit diesem Thema beschäftigen, da leider wegen Zeitmangel viele Fragen und Anfragen offen blieben.

Was ist die JUNGE GRUPPE für den neu gewählten Landesjugendvorstand:

Die JUNGE GRUPPE steht für Gewinnung neuer junger Mitglieder und für die Zukunft der GdP!

Die JUNGE GRUPPE möchte den Beschäftigten der Polizei eine Möglichkeit bieten, Einfluss auf die eigene Zukunft zu nehmen. Weiterhin möchte der Landesjugendvorstand zum Ansprechpartner der jungen Beschäftigten werden. Einige Schwerpunkte des neu gewählten Landesjugendvorstands sind

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige



Pyrotechnik löschen leicht gemacht

Ein ehemaliger Feuerwehrmann aus Offenbach entwickelt den tragbaren P 3,5, der speziell zum Löschen von Pyrotechnik und brennenden Personen geeignet ist.

Einsatz im Fußballstadion: Randalierer zünden bengalische Fackeln und Rauchkörper. Einige davon werden in Richtung der gegnerischen Fans und auf Polizeibeamte geworfen. Die eingesetzten Polizisten halten respektvollen Abstand von den hell strahlenden und stark qualmenden Feuerwerkskörpern. Feuerwehrleute erfassen die bengalischen Lichter und Rauchkörper mit Greifern, räumen sie beiseite, decken sie mit trockenem Sand ab und lassen sie unter dem Sand ausbrennen. Solche Szenen gibt es heute bei vielen Fußballspielen, egal in welcher Liga die Mannschaften spielen.

Die Gefahren von bengalischen Fackeln und Rauchkörpern werden oft unterschätzt. Im Qualm befinden sich hochgiftige Stoffe, deren Zusammensetzung je nach Brennsatz unterschiedlich ist.

Mit Wasser können pyrotechnische Artikel nicht gelöscht werden, weil in ihnen auch Magnesium verbrannt wird. Bengalische Fackeln brennen sogar unter Wasser weiter. Je nach Zusammensetzung des pyrotechnischen Brennsatzes entstehen Temperaturen von bis zu 2000 °C. Bei dieser Hitze kann es auch ohne direkten Kontakt mit dem Feuer zu Verbrennungen kommen. Selbst ausgebrannte Behälter sind über lange Zeit so heiß, dass schon eine kurze Berührung zu Brandverletzungen führen kann.

Eine Alternative oder auch Ergänzung zu den herkömmlichen Löschmitteln stellt der jetzt vorgestellte Polizei-/Einsatzlöscher P 3,5 der Firma CW FIRE-SUPPORT GmbH dar. Er wurde speziell für das schnelle Ablöschen von pyrotechnischen Erzeugnissen und brennenden Personen entwickelt. Zugelassen ist er für die Brandklassen A, B und Pyrotechnik.

Oliver R. (Name geändert), Angehöriger einer polizeilichen Spezialeinheit, hat bereits Erfahrungen mit dem P 3,5 gesammelt: Zum Löschen einer bengalischen Fackel oder Rauchbombe brauchen wir etwa eine Sekunde. Und er erklärt das Vorgehen bei brennenden Personen. Wenn wir die brennende Person erreichen, rufen wir laut: „Nicht atmen!!!“. Dadurch erschrickt die Person und hört einen Moment mit Atmen auf. Das ist die halbe Sekunde, die wir brauchen, um einen Löschmittelstrahl in den Brustbereich abzugeben, damit die Flamme aus dem Gesicht raus ist und im Brustbereich auch keine gefährlichen Gase mehr entstehen. Sofort danach bringen wir die Person zu Boden und löschen den Oberkörper vom Kopf zum Gürtel ab. Bei Übungen brauchen wir drei Sekunden, um eine brennende Person komplett zu löschen. Beim Öffnen der Kleidung von Brandverletzten besteht das Risiko, dass es durch den Luftsauerstoff zu einem erneuten Aufflammen kommt. Durch den „FireAde 2000“-Zusatz dringt das Löschmittel durch den Druck und die hohe Netzfähigkeit sofort bis in die Tiefe der Kleidung, fast bis auf die Haut. Das Risiko einer Rückzündung bei Öffnen der Kleidung ist damit fast ausgeschlossen.

Bei der Entwicklung des Löschers legte man großen Wert auf eine schnelle und einfache Handhabung. Das Ergebnis: Der Löscher lässt sich in weniger als zwei Minuten neu füllen, ohne dass hierfür Werkzeug benötigt wird. Betrieben wird der kompakte und handhabungssichere Löscher mit Druckluft aus handelsüblichen Druckluftflaschen.

Kontakt: CW FIRE-SUPPORT GmbH Tel.: 0 60 56/20 93 13 www.cwfire-support.de
Sprudelallee 14 Fax: 0 60 56/20 93 12 c.widmayr@cwfire-support.de
63628 Bad Soden-Salmünster



Die GdP gratuliert herzlich

zur Beförderung zum/zur

Leitenden Polizeidirektor

Bepo-Böblingen: Ernst Horlacher.

Leitenden Kriminaldirektor

Landeskriminalamt: Karl-Heinz Ruff.

Polizeidirektor

Freudenstadt: Martin Zerrinius.

Kriminaldirektor/-in

Emmendingen: Evelyn Tampe. Landeskriminalamt: Thomas Wild.

Polizeioberin

Heilbronn: Eva Weispfenning.

Ersten Polizeihauptkommissar

Stuttgart PP: Martin Kopp, Joachim Kossler.

Polizeihauptkommissar A 12

Pforzheim: Harald Huber. Stuttgart PP: Hermann Volkert, Ralf Bolz, Uwe-Jens Leitz, Gerhard Reich, Stephan Notheis, Michael Silberbauer.

Kriminalhauptkommissar A 12

Stuttgart PP: Klaus Wach, Christian Bartels.

Polizeihauptkommissarin A 11

Pforzheim: Yvonne Tron.

Kriminalhauptkommissar A 11

Pforzheim: Torsten Berg.

Polizeioberkommissar/-in

Pforzheim: Dirk Farr, Reinhold Feuring, Larissa Oechsle.

Polizeikommissar

Stuttgart PP: Kersten Winkler.

Polizeihauptmeister mit Zulage

Tübingen RP: Edmund Bogenschütz.

Polizeihauptmeister/-in

Pforzheim: Raimund Bauer, Tina Egner. Stuttgart PP: Anja Vetter, Frank Lutsch, Oliver Fröschle, Patrick Reutter, Thomas Pfeffer, Andreas Blersch, Vinko Grlic.

Polizeimeister/-in

Bepo-Böblingen: Lisa-Katharina Kopf, Jasmin Teber, Gunnar Fischer, Thore Andresen, Johannes Brändle, Timo Großhans, Stephan Neumann, Michael Smolik, Katharina Vogler, Johannes Zepf.

Es traten in den Ruhestand:

Konstanz: Berthold Fehrle, Hermann Fritschi. Mannheim: Detlef Degenkolbe. Rottweil: Roland Benz. Zollernalbkreis: Karlheinz Raisch, Hubert Schmid.

zusammengestellt v. A. Burckhardt

Korrektur:

In der Ausgabe 4/2011 ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Befördert zur Polizeihauptmeisterin wurde Christina Henle von der PD Göppingen und nicht Peter Henle. Wir bitten um Entschuldigung.

Fortsetzung von Seite 7

jetzt schon klar – PoW – Polizist ohne Wochenende, SOS – Gewalt gegen Polizeibeamte, Zusammenarbeit DGB-Jugend, Stärkung des Ehrenamtes, Einsatzbelastungen, Ausrüstung und Bekleidung. Natürlich wird die JUNGE GRUPPE auch weiterhin die GdP-Kinder- und -Jugendfreizeit durchführen, die dieses Jahr die Volljährigkeit feiert. Am 6. 4. 2011 traf sich der neu gewählte Landesjugendvorstand in Eberdingen, der GdP-Geschäftsstelle und freut sich schon auf eine gute Zusammenarbeit. Wir werden berichten!

AUS DEN KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung und Seniorenstammtisch in Heilbronn

Die Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe Heilbronn findet am Montag, dem 23. Mai 2011, um 16.00 Uhr in der Kantine des Finanzamtes Heilbronn statt. Zur Jahreshauptversammlung haben der Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner und der Landesseniorenvorsitzende Werner Fischer bereits zugesagt. Der nächste GdP-Seniorenstammtisch findet am Montag, dem 16. Mai 2011, um 14.30 Uhr ebenfalls in der Kantine Finanzamt/Polizeidirektion Heilbronn, statt. **EW**



Es ist wieder soweit!
Auf geht's zur



18. GdP Kinder- u. Jugendfreizeit

GdP - JUNGE GRUPPE -

Landesbezirk Baden-Württemberg e.V.



Wann: In der ersten Woche der Sommerferien vom Sa. 30.07. – 06.08.2011

Wo: Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren

Preis: Mitglieder 160 € / Nichtmitglieder 210 €

Im Preis enthalten:
1 Woche Vollpension mit Programm, Ausflüge, 1 T-Shirt,
1 Bilder- CD (wird nach der Freizeit Kind übersandt) und vieles mehr

Anmeldeunterlagen anfordern über die
GdP-Service GmbH oder info@gdp-service.com
Tel. 07042 / 879-0

Informationen zur Jugendfreizeit: Melanie.Nehls@polizei.bwl.de

